



„Hilflosigkeit der Regierung“: Klartext-Brandbrief eines Bäckermeisters

NRWZ-Redaktion



Bäckereibetriebe als Hochrisikounternehmen? Der Villingendorfer Bäckermeister Ralf Geiger beklagt dies als Folge der bisherigen Corona-Lockdown-Politik. Er berichtet über von Banken gestoppte Projekte, Existenzängste in der Branche bis hin zu Suizidgedanken. Die Umsetzung der Hilfsangebote sei gescheitert. Geiger redet Klartext, dies alles in einem Brandbrief an die Politik, den er der NRWZ zugesandt hat. Wir veröffentlichen das offene und detaillierte Schreiben im Folgenden im Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren der Politik, in zunehmenden Maß finden sich immer mehr Ungerechtigkeiten in Ihrer Regierungsweise. Vorab möchte ich erwähnen, dass ich weder zu den Corona-Leugnern, Q-Anon-Anhängern, Querdenkern, noch zu einer anderen derartigen Gruppierung gehöre.

Zu meiner Person ... mit inzwischen 54 Jahren, verheiratet, drei Kinder, war meine Zielplanung mit 58 Jahren, also in vier Jahren, schuldenfrei zu sein. Dies kann durch mein Steuerbüro, wie auch meinen Banker bestätigt werden. Mein Renteneintritt war mit 60 Jahren geplant, da man als Unternehmer, in meinem Fall,

mit 7-Tage-Woche und 400 - 600 Stunden im Monat, schon dreimal die Arbeitszeit eines „normalen“ Angestellten erfüllt hat.

Inzwischen ist es jedoch nahezu unmöglich geworden, überhaupt einen Schuldenabbau bis zum gesetzlichen Renteneintritt zu erreichen. In meiner Familie sollte eigentlich eine dritte Generation den Betrieb weiterführen. Ein schuldenfreier Betrieb war für mich obligatorisch, damit keine Altlasten mitbedient werden müssen. Alle guten und seriösen Absichten sind nun zunichtegemacht worden. Dies ist von einer Regierung gegenüber der Executive der Wirtschaft, nämlich den Unternehmern, unverantwortlich.

Als Inhaber einer Firma mit verschiedenen Betriebskonzepten, wie die einer Bäckerei, Konditorei, Café, Eisdiele, Bistro und Gastrobetrieb, sehen wir uns leider zunehmend im Stich gelassen durch die Verfahrensweise Ihrer Corona-Strategie und der nicht nachvollziehbaren Hilfspakete. Während die November und Dezemberhilfe noch eine probate Hilfsleistung war, die zumindest ca. 35 - 40 % der Einbußen abgedeckt hatte, geht die Überbrückungshilfe III (ab Januar 2021) wieder spurlos an dieser Art von Betrieben vorbei. Warum? ... dies liegt daran, dass von meinen zwölf Standorten nur drei Standorte mit Café, Eis und Gastrobetrieb ausgestaltet sind. Die restlichen Betriebe sind klassische Bäckereifilialen mit Stehcafé. Während die Stehcafés mit 5 - 10 % Rückgang geringe Umsatzeinbußen verzeichnen, sieht es bei den Cafés jedoch wesentlich dramatischer aus. Hier sind Rückgänge zwischen 40 und 60 % zu verzeichnen. Aber auch klassische Filialen ohne Café in Stadtzentren und z.T. mit Nähe zu Schulen verzeichnen Einbußen bis zu 70 %.

Leider sind wir standorttechnisch nicht einzeln veranlagt, sondern nur als Gesamtbetrieb. Dies macht es unmöglich, an die Untergrenze Ihrer Vorgaben der Hilfspakete zu kommen. Mir stellt sich die Frage, warum überhaupt Grenzen gesetzt werden. Hilfen sollten allen zur Verfügung stehen und nicht nur denjenigen, die einen gewissen Grad an Schaden zu verzeichnen haben. Bei einem Unfall wird doch auch nicht nur der, der im Sterben liegt, der, der in der teuersten Karre sitzt, oder der, der am lautesten schreit, versorgt. Die mit Schnittwunden, auch wenn es die Schlagadern sind, finden dann wohl, bei Ihrer Strategie, keine Beachtung. Letztendlich versterben diese klammheimlich, still und verbluten vor sich hin. Genau zu dieser Kategorie zählen wir uns.

Nun möchte ich dies aber auch einmal in Zahlen widerspiegeln. Diese Werte beziehen sich ausschließlich auf das Jahr 2020 (01.01. - 31.12.2020). Das Jahr 2021 ist hier noch gar nicht berücksichtigt. Gesamt-Umsatzverlust aus den eigenen Verkaufsstellen beträgt rund 350.000,00 €. Dazu kommen zusätzlich nochmals 90.000,00 € Verlust aus entgangenen Lieferungen an Freizeitbäder, Altenzentren, Hotels, Jugendherbergen, Gastronomie und sonstigen Veranstaltungen. Einem Verlust von 440.000,00 € (gerundet) stehen Hilfen von ca. 75.000,00 € entgegen. Davon waren 30.000,00 € Sofort-Hilfe-Bonus aus dem Frühjahr 2020, sowie rund 35.000,00 € Nov./Dez.-Hilfen und ca. 10.000,00 € Kurzarbeitsgeld entgegen. Zu erwähnen ist, dass aus der November-Hilfe bisher nur ein Abschlag vor drei Wochen und bei der Dezember-Hilfe vor fünf Tagen bei uns einging. Der Rest steht noch aus, sofern er überhaupt kommt.

Wir sprechen also von rund 365.000,00 € (nur aus dem Jahr 2020) was durch eigene Kreditaufnahme gedeckt werden musste. Für das Jahr 2021 ist zum aktuellen Zeitpunkt noch gar keine Prognose möglich. Jedoch können wir von Verlusten von 12.000,00 – 15.000,00 € pro Woche sprechen bei dem die Lieferungen noch keine Einrechnung gefunden haben. Stand heute kann also von weiteren ca. 100.000,00 € zuzüglich entgangener Lieferungen gesprochen werden.

Der weitere Verlauf ist ebenfalls noch offen. Dies zeigt den puren Wahnsinn auf, dass trotz, nach außen wirkender Darstellung „ja, es ist alles in Ordnung und läuft“, eben nichts in Ordnung ist. Obwohl man als Systemrelevant eingestuft und teilweise geöffnet ist, verliert man, trotz 7-Tage-Woche und unsagbarer Eigenleistung (siehe zu meiner Person) tagtäglich jede Menge Geld. Das erklärt mal einem Arbeitnehmer oder auch Mal einem staatlich angestellten Menschen. Arbeiten, kein Lohn bekommen, ganz im Gegenteil und dafür auch noch bezahlen müssen und dies alles, um Arbeitsplätze zu erhalten. Inzwischen bekommt man sogar vom eigenen Personal dafür noch Schimpf und Schande zugesprochen, weil diese, durch Kurzarbeit, weniger Geld bekommen. Wofür und warum müssen wir/meine Familie und ich diese fremdgesteuerte Rechnung nun bezahlen?

Auch Möglichkeiten für eine Insolvenz wurden bereits geprüft. Dazu bin ich als Unternehmer verpflichtet, um Insolvenzverschleierung vorzubeugen. Aber nicht einmal diese Möglichkeit kann man nutzen, da man sich zuerst in die Überschuldung begeben muss, bevor dieser Weg eingeschlagen werden kann. Zu lange bin ich bereits selbstständig und habe bedauerlicherweise gut gewirtschaftet.

Dies rächt sich nun ... was für ein Irrsinn!

Nun zu den Hilfen der Corona-Kredite. Die Corona-Sofort-Kredite sind maßlos unverschämt und mit 3% Zins viel zu teuer. Selbst die Hausbank vergibt günstigere Kredite. Der „normale“ Corona-Kredit mit 90% Absicherung über die L-Bank und 1% Zinsbelastung ist zwar nett, bringt aber eben auch nichts, wenn man schon genügend Kapitalbelastung hat. Zum einen fügt der Staat, auch wenn das Motiv ehrenwert erscheint, der Wirtschaft einen irreparablen Schaden zu und zum anderen wird daraus aber auch noch, durch Zinseinnahmen, erheblich Kapital geschlagen. Ebenfalls zu berücksichtigen bleibt, dass das Geld weder abschreibungstechnisch noch betriebswirtschaftlich genutzt werden kann, da es nur der Liquidität dient und daher auch noch teuer versteuert werden muss.

Gleichwohl werden zusätzlich auch noch hohe Kosten beim Steuerberater produziert, die ebenfalls bedient werden müssen. Die Anträge auf Hilfe sind zum einen zu bürokratisch, um diese allein auszufüllen und zum anderen sind sogar verpflichtend nur über ein Steuerbüro genehmigungsfähig. Somit ist dies keine Hilfe der Regierung, sondern eine erleichterte Hilfe zur Selbsthilfe.

Ein weiteres Manko sind die Ausbildungsprämien, die leider auch an Grenzen gebunden wurden. So hatten wir im Jahr 2020 viele Ausbildungsprüfungen und haben alle Auszubildenden, bis auf eine, in feste Vollzeitstellen übernommen. Es wurde niemand gekündigt. Alle vorhandenen Auszubildenden im zweiten

und dritten Lehrjahr wurden gehalten. Bei den Neuzugängen an Lehrlingen hätten wir gerne mehr eingestellt, aber bedauerlicherweise haben sich zu wenige beworben. Da wir aber nur eine einzige Neueinstellung zu wenig vorweisen konnten, wurde unser Antrag im gesamten abgelehnt. Und wieder wurden versprochen Zusagen an Bagatellen verworfen und keine Hilfe ausgezahlt.

Auch, dass keine Öffnungsstrategie vorgelegt und vorbereitet wurde, zeigt die Hilflosigkeit der Regierung. Während körpernahe Branchen wieder öffnen dürfen, werden andere Berufszweige wie Fitnessbetriebe, Hotellerie, Gastronomie etc. stigmatisiert und als Sündenböcke für Hotspots angeprangert. Und dies, trotz dass die Firmen als Erste geschlossen und vermutlich als Letztes wieder öffnen dürfen. Gleichwohl hier einiges Geld in die Hand genommen wurde für zusätzliche Hygienekonzepte und teilweise sogar in teure Lüftungsanlagen investiert wurde. Es fehlt an jeglicher inhaltlichen Logik der Maßnahmen.

Eine weitere große Problematik kommt aber dann noch im Nachgang hinzu, denn durch die schädliche Aufnahme von Liquiditätskapital und verständlicherweise negativen Ertragsergebnissen sind meine Rating Werte (ehemals 1b) bei den Banken deutlich zurückgestuft worden. Neue Projekte, die bereits vor Spatenstich standen und auch andere Neuerschließungen wurden von Seiten der Banken gestoppt.

Dies liegt daran, dass wir und die ganze Branche nun als Hoch-Risikounternehmen eingestuft wurden. Diese Fremdsteuerung durch den Staat ist untragbar und hat auch für die Zukunft gravierend negative Auswirkungen auf unsere Firma. Über eigene persönliche und auch andere Betriebsübergreifende Unternehmer/innen und von deren emotionale Belange wie Existenzängste, Depressionsansätze, Burn-out-Symptome und/oder Suizidgedanken mal ganz abgesehen. Als Unternehmer darf und kann man sich Schwächen nicht leisten und darf diese leider auch nicht offen austragen. Aber Anmahnen, dass hier Menschen am Werk sind, dass darf man schon.

Mein Fazit zum Drama an der Wirtschaft: Ich sehe hier die politische Triage an der Wirtschaft mit untragbaren Folgen für jeden Steuerzahler. Denn die Rechnung kommt zum Schluss und die wird gewaltig. Wenn die Bürger erst einmal verstanden haben, dass dieses Vorgehen zu Steuererhöhungen in Form von neu eingeführten Steuern, Mwst-Erhöhung und damit teureren Preisen, Arbeitszeitverlängerungen, Verschiebung des Renteneintritts nach hinten oder den gerade abgeschafften „Soli“ dann umgetauft und neu eingeführten „Coli“ bedeuten, dann wird die Stimmung sich auch bei den nächsten Wahlen einsehen lassen. Auch die Veränderung der Einkaufsmöglichkeiten, durch die noch anstehenden Betriebspleiten, werden hier noch nicht vom Volk wahrgenommen. Die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste kommen hierbei noch dazu oder anders formuliert „das Sterben auf Raten geht weiter“.

Ich bin sehr gespannt, wie dieses selbst auferlegte Chaos, weitergehen wird. Denn Politiker sind nur Repräsentanten des Volkes, die vor langer Zeit für eine vergangene Momentaufnahme gewählt wurden. Das Ziel der Parteien ist gleich, aber die Wege dahin sind unterschiedlich. Zu meinem Bedauern werden diese zu wenig besprochen, wie auch bei der Corona-Strategie, die nur von wenigen Politikern beschlossen

und nicht im Bundestag beraten wurde. Ebenso wurde die Diskussion ohne den Einbezug der Basis und seinen praktischen Unternehmen geführt. Eine klägliche Bilanz über eine gescheiterte Planung von Hilfen und dem Umgang mit dem Fundament unseres Wohlstands ... den Unternehmen.

Bäckermeister Ralf Geiger